

Pinneberger Erklärung

Erklärung der Jungen Union und der Senioren-Union im Kreis Pinneberg
zum Thema Generationengerechtigkeit

Vorwort

Die außerplanmäßige Erhöhung der Renten hat in den vergangenen Wochen und Monaten für kontroverse, hitzige und zum Teil auch unsachliche Debatten gesorgt. Einerseits wurde Jüngeren vorgeworfen, Sie würden den Rentnern keine finanziellen Entlastungen gönnen. Auf der anderen Seite wiederum wurde Rentnern vorgeworfen, sie würden die Jüngeren geradezu ausbeuten. Als größte Vereinigungen der CDU im Kreis Pinneberg sehen wir die Notwendigkeit, wieder mehr Sachlichkeit in diese Debatte zu bringen.

Beiden Seiten tut es weh, wenn der Eindruck entsteht, dass die Generationen einander nichts gönnen. Wenn Senioren wegen einer außerplanmäßigen Erhöhung ihrer Rente, die Ihnen in den meisten Fällen lediglich zwischen 3 und 10 Euro mehr im Monat einbringt, als Ausbeuter ihrer eigenen Enkel dargestellt werden, ist dies einfach nicht redlich. Und dass von Jüngeren der Eindruck erweckt wird, als würden Sie ihrer Großelterngeneration keinen angenehmen Lebensabend gönnen, ist ebenso schmerzhaft. Viele Jüngere, insbesondere die Mitglieder der Jungen Union, haben einen stark ausgeprägten und ehrlich empfundenen Respekt vor der Lebensleistung der Senioren. Hier wird völlig unnötig ein gesellschaftlicher Konflikt zwischen Jung und Alt herbeigeredet, der in den meisten Familien nicht Teil der Lebensrealität ist.

Die Jüngsten und die Ältesten in der Union sind sich einig, dass der weiteren politischen Diskussion um die Alterssicherung ein gesellschaftlicher Konsens vorausgehen muss. Uns allen ist klar, dass die Zukunftsfähigkeit der Alterssicherungssysteme eine große Herausforderung ist, der unsere Gesellschaft nur dann erfolgreich begegnen kann, wenn sie in sich geschlossen ist. Wir sind davon überzeugt: Wenn wir uns nicht gemeinsam darum kümmern, eine ausreichende Alterssicherung für alle Generationen sicherzustellen, kann diese Aufgabe nicht gelingen.

Mit dieser Erklärung unterstreichen wir, dass Jung und Alt in der Volkspartei CDU an einem Strang ziehen.

Generationengerechtigkeit ist keine Einbahnstraße – wir sitzen alle in einem Boot.

Generationengerechtigkeit angesichts leerer Kassen ist nicht herstellbar, indem nur die Älteren oder nur die Jüngeren Verzicht üben. Die Generationen müssen sich darüber im Klaren sein, dass die Belastung der Rentenkassen nicht nur eine Gefahr für die heute jüngere Generation darstellt, sondern bereits für die heutigen Rentner. Es ist schwer vorzustellen, wie die Renten in zehn bis fünfzehn Jahren bei gleicher Entwicklung der Staatsverschuldung und dem Ziel eines Haushalts ohne Neuverschuldung unvermindert ausgezahlt werden sollen, wenn durch den demographischen Wandel immer mehr Rentner immer weniger Arbeitnehmern gegenüberstehen. Die Rente zukunftsfest zu gestalten ist daher keineswegs nur ein Interesse der jüngeren Generationen, sondern bereits der heutigen Rentner.

Ehrliche Anerkennung für die Leistung der Älteren ist wichtiger, als minimale Rentenerhöhungen.

Es ist richtig, dass die Politik den Senioren ein Zeichen geben möchte, dass sie angesichts des derzeitigen Aufschwungs nicht vergessen werden. Es erscheint uns allerdings fraglich, zu welchem hohem Preis dieses Zeichen gegeben wird: Es kostet nicht nur Geld, sondern auch Vertrauen in die Zukunft des Alterssicherungssystems „Rente“ – sowohl der jüngeren als auch der älteren Generationen.

Die Rentenerhöhung um zusätzliche 0,55 % auf 1,1 Prozent ist angesichts der Preissteigerungen im Bereich Energie und Lebensmittel für die Rentner ein Tropfen auf den heißen Stein. Im Durchschnitt liegt der Betrag der zusätzlichen Erhöhung bei etwa 8 Euro im Monat. Für den Bundeshaushalt und das Ziel, ab 2011 ohne Neuverschuldung auszukommen hingegen, bedeutet diese außerplanmäßige Aussetzung des Riesterfaktors eine massive Belastung. Schon heute geht mit knapp 80 Milliarden Euro fast ein Drittel des gesamten Bundeshaushaltes als Zuschuss an die Rentenkasse. Die Kosten der zusätzlichen Erhöhung liegen in den kommenden **fünf Jahren** bei rund 12 Milliarden Euro.

Den Rentnern gegenüber ist es unfair, dass die mit dieser Rentenerhöhung verbundene Belastung der jungen Generation Ihnen zugerechnet wird.

Die Tatsache, dass die heutige Rentnergeneration schon ein erhebliches Maß an Transferleistung in die jüngere Generation erbringt, findet selten Erwähnung. Einerseits geschieht dies natürlich durch Vererbungen, andererseits aber auch durch viele alltägliche Dinge: Der Taschengeldzuschuß oder Sparbücher für die

Enkelkinder, die innerfamiliäre Kinderbetreuung und -verköstigung oder auch gemeinsame Urlaube, Ausflüge und vieles mehr.

Wissenschaftliche Studien haben gezeigt,

dass nicht die Frage ob ein Krippenplatz vorhanden ist,

dass nicht die Frage, ob Elterngeld gezahlt wird,

dass nicht die Höhe des Kindergeldes ausschlaggebend dafür ist, ob sich junge Elternpaare für ein Kind entscheiden,

sondern die Tatsache, dass Großeltern da sind, die bereit sind, sich mit um das Kind zu kümmern, den größten Einfluss darauf hat, ob sich junge Paare für ein Kind entscheiden.

All dies übersteigt dort, wo diese Leistungen erbracht werden, die durchschnittlichen 8 Euro mehr an Rentenerhöhung um ein Vielfaches. Es wird derzeit aber so getan, als wäre es den heutigen Rentnern für durchschnittlich 8 Euro mehr im Monat völlig egal, dass die Rentenkasse und die Alterssicherung Ihrer Enkelgeneration massiv belastet wird.

Eine künftige Aussetzung des Riesterfaktors löst das Problem nicht. Es müsste eine zukunftssichere Neugestaltung des gesamten Rentensystems in Angriff genommen werden.

Wichtiger als minimale Rentenerhöhungen ist die Entlastung aller Bürger durch geringere Steuern und angemessene Preise für Lebensmittel und Energie, insbesondere derer, die durch die Umlagefinanzierung die Rente erwirtschaften müssen: Die Arbeitnehmer. Die heutigen Arbeitnehmer müssen durch das umlagefinanzierte Rentensystem mit ihren Beiträgen nicht nur die Renten der heutigen Rentnergeneration bezahlen, die ihrerseits durch die Finanzierung der damaligen Rentnergenerationen diesen Anspruch auf Grundlage des Generationenvertrages erworben haben, sondern sind durch die zu früh einsetzende Steuerprogression zusätzlich erheblich belastet. Daher liegt es auch im Interesse der älteren Generationen, dass die Jüngeren die finanzielle Leistungsfähigkeit aufbringen, neben der Finanzierung ihres eigenen Lebens auch die größer werdende Zahl an Rentnern finanzieren zu können. Eine umfassende Steueränderung ist deshalb notwendig.

Noch wichtiger erscheint uns von der Jungen Union folgendes: Die Leistung der Senioren muss gesellschaftlich viel stärker geachtet und geschätzt werden! Uns geht es dabei nicht nur um die Lebensleistung der Senioren, die sich mit ihrer jahrzehntelangen Arbeitstätigkeit im

Berufsleben und bei der Erziehung von Kindern einen Anspruch auf einen möglichst angenehmen Ruhestand erworben haben, sondern auch um ihre aktuelle Leistung. Die meisten Senioren engagieren sich ehrenamtlich und unterstützen so die Gesellschaft – sei es bei der Kinderbetreuung, der Hausaufgabenhilfe, anderen sozialen Projekten oder im Sport und der Politik: Die im Ruhestand erbrachte Arbeitsleistung der Senioren ist unbezahlbar und wird von ihnen sogar mit Freude geleistet. Dafür bedanken wir uns ganz ausdrücklich im Namen der jungen Generation!

Im Kreis Pinneberg haben Senioren und Jüngere erkannt, dass Generationengerechtigkeit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Beide Seiten – Rentnergeneration und arbeitende Generationen – müssen Opfer bringen. Wenn die Politik ehrlich mit beiden Seiten umgeht und keine Versprechungen macht, die nicht zu halten sind, wird es nicht zu einem Generationenkonflikt kommen. Bei allen künftigen Auseinandersetzungen hinsichtlich der Altersvorsorge können die Jungen und die Alten in der Union sich darauf verlassen, mit den oben dargestellten Überzeugungen ein gemeinsames Fundament für die Diskussion zu haben.

Pinneberg, im August 2008

Karl-Heinz Starck
Vorsitzender der
Senioren-Union

Mark Blue
Vorsitzender der
Jungen Union